

Beschluss (vorläufig) Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 6 des Landeswahlprogramms (Innere Sicherheit, Justiz, Verwaltung, Bezirke, Verwaltungspersonal, Verwaltungsdigitalisierung)

1 In Berlin treffen unterschiedliche Interessen, Lebensentwürfe und Perspektiven aufeinander.
2 Damit daraus kein Gegeneinander entsteht, braucht es einen Staat, der vermittelt, schützt
3 und Vertrauen schafft, mit starken Institutionen, einer verlässlichen Verwaltung und echter
4 Beteiligung. Unser Ziel ist eine Stadt, die für ihre Menschen da ist und von ihnen
5 mitgestaltet wird: nahbar, handlungsfähig und transparent. Wir Bündnisgrüne wollen das
6 Vertrauen in die Demokratie stärken, indem wir sie im Alltag spürbar machen – durch agile,
7 kund*innenfreundliche Behörden, nachvollziehbare Entscheidungen und einen respektvollen
8 Umgang zwischen Verwaltung und Bürger*innen. In Zeiten wachsender Angriffe auf den
9 gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf demokratische Verfahren ist es unsere Verantwortung,
10 die Institutionen des Landes Berlin zu schützen und zu stärken.

11 Ein starker Rechtsstaat ist für uns die Grundlage eines sicheren und freien Lebens in
12 Berlin. Zu einer resilienten und sicheren Stadt gehört für uns deshalb auch konsequenter
13 Klimaschutz, die Stärkung der Demokratie und der Schutz vor Desinformation.

14 Sicherheit entsteht nicht alleine durch Polizeipräsenz, und erst recht nicht durch
15 anlasslose Überwachung. Sie heißt Schutz vor Diskriminierung, Gewalt, Kriminalität und Hass,
16 vor existenzieller Not und sozialer Ausgrenzung. Wir setzen auf Prävention, auf eine moderne
17 Polizei, die Vertrauen schafft, und auf eine Justiz, die gerecht, digital und unabhängig
18 arbeitet.

19 Gute Politik gelingt nur mit starken Bezirken, motivierten Beschäftigten und einer
20 Verwaltung, die als Partnerin der Stadtgesellschaft agiert. Wir wollen die Bezirke so
21 ausstatten, dass sie ihre Aufgaben verlässlich und entsprechend den Bedürfnissen vor Ort
22 erfüllen können und klare Verantwortlichkeiten schaffen. Die Digitalisierung wollen wir
23 konsequent nutzen, um Berlin unbürokratischer, effizienter und transparenter zu machen.
24 Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Zeit spart, Teilhabe
25 ermöglicht und den öffentlichen Dienst zukunftsweisend macht. Zukunftsweisend heißt auch, sich
26 nicht von globalen Tech-Konzernen abhängig zu machen. Digitale Souveränität muss gerade in
27 einer Zeit der geopolitischen und technologischen Umbrüche zur Grundlage unseres Handelns
28 werden. So schaffen wir ein Berlin, das verlässlich handlungsfähig ist, Verantwortung
29 übernimmt und für alle da ist.

6.1. Innere Sicherheit – Freiheit und Schutz für alle

30 Wir Bündnisgrüne kämpfen für ein Berlin der Freiheit, in dem alle Menschen sicher sein
31 können. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt und es ist Aufgabe des
32 Staates Sicherheit und Schutz für alle Menschen zu garantieren. Wir stehen für ein
33 Sicherheitsversprechen, das für alle Menschen gleichermaßen gilt. Wir werden nicht
34 hinnehmen, dass Frauen in Deutschland Tag für Tag Opfer von Femiziden und körperlicher
35 Gewalt sind oder dass jüdische Menschen, BIPOC und andere marginalisierte Gruppen sich nicht
36 frei bewegen können. Wir treten ein für eine Sicherheitspolitik, die wissenschaftliche
37 Erkenntnisse in den Mittelpunkt stellt. Statt aktionistischer Symbolpolitik rücken wir die
38 tatsächlichen Alltagsnöte der Berliner*innen und Sicherheitsbehörden in den Fokus. Unsere

40 Innenpolitik bekämpft nicht nur Symptome, sondern die Ursachen. Armut, Perspektivlosigkeit
41 und fehlende Teilhabe sind zentrale Kriminalitätstreiber. Wir unterstützen daher die
42 sozialen Träger und Initiativen, die in der ganzen Stadt der Garant für die soziale
43 Infrastruktur und damit eine zentrale Säule für ein sicheres Berlin sind. Wir sorgen dafür,
44 dass sich die Sicherheitsbehörden auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: die
45 Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Wir sorgen dafür, dass die Sicherheitsbehörden
46 handlungsfähig sind und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: die Verhinderung
47 und Verfolgung von Straftaten. Wo der größte Schaden für die Gesellschaft entsteht, braucht
48 es einen hohen Verfolgungsdruck. Wir sorgen dafür, dass sich Geschäfte der Organisierten
49 Kriminalität in Berlin nicht mehr lohnen. Wir stärken die Bekämpfung von Onlinekriminalität
50 und Hasskriminalität im Netz, schützen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
51 und die Informationsfreiheit und machen Berlin resilient gegen Cyberangriffe. Wir beenden
52 die Symbolpolitik des Wegner-Senats, die die Sicherheitslage nicht verbessert. Ganz im
53 Gegenteil: Darunter leiden Grund- und Freiheitsrechte der Berliner*innen, aber auch die
54 Sicherheitsbehörden selbst.

55 Vertrauen und Sicherheit vor Ort stärken

56 Prävention ist die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung. In den Kiezen, die stark von
57 Kinderarmut, fehlender Teilhabe und Perspektivlosigkeit geprägt sind, werden wir die
58 Angebote der Jugendsozial- und Jugendkulturarbeit, insbesondere für junge Männer, absichern,
59 um junge Berliner*innen in schwierigen Lagen nicht alleinzulassen und sie dabei zu
60 unterstützen, selbstbestimmte Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wir Grüne wollen Ansätze
61 des Community Policing in die Fläche bringen, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu
62 erhöhen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Dazu zählen mehr Kontaktbereichsbeamte*innen
63 als lokale Ansprechpersonen, die Ausweitung von Fahrradstreifen und Präsenz an
64 hochfrequentierten Orten oder Hotspots, auch mit mobilen Wachen und Kiezläufer*innen.
65 Aufklärung, Beratung und Hilfe sind für uns genauso wichtig wie die enge und klar
66 strukturierte Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort.

67 Der Umgang mit psychisch erkrankten Personen stellt im Polizeialtag eine der größten
68 Herausforderungen dar. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Personen, die
69 wiederholt mit psychischen Ausnahmezuständen in polizeilichen Maßnahmen landen, müssen
70 einzelfallspezifische Maßnahmen ergriffen werden. In Fallkonferenzen mit allen beteiligten
71 Institutionen und medizinisch-qualifizierten Expert*innen können Bedarfe frühzeitig erkannt
72 und die Überführung ins Hilfesystem abgesichert werden.

74 Sicherheitskräfte stärken und Arbeitsbedingungen verbessern

75 Damit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ihre Aufgaben auch morgen noch erfüllen können,
76 muss die Personalplanung dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Wir wollen die
77 Polizeiausbildung noch attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen, z. B. durch
78 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, verbessern. Für moderne Sicherheitsbehörden ist eine
79 echte Fehlerkultur unverzichtbar. Bei Rassismus, Diskriminierung und Sexismus darf nicht
80 weggeschaut werden. Fälle von Polizeigewalt und willkürlichem Handeln müssen ernsthaft
81 aufgearbeitet werden, denn sie schaden Betroffenen, aber auch Polizist*innen die jeden Tag
82 rechtsstaatlich, emphatisch und rücksichtsvoll handeln. Wir machen es uns zur Aufgabe,
83 Strukturen zu hinterfragen, damit die Arbeit der Sicherheitsbehörden
84 diskriminierungskritisch und gerecht ablaufen kann. Um Polizist*innen und
85 Feuerwehrangehörigen, die im Dienst angegriffen werden, besser helfen zu können, werden wir
86 neben dem Dienstunfallrecht auch die psychischen Folgen solcher Angriffe noch stärker in den

87 Blick nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) stärken. Den massiven
88 Sanierungsstau bei Liegenschaften und Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr werden wir
89 prioritär abbauen: Die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie wollen wir endlich
90 fertigstellen und den Neubau für das Kriminaltechnische Institut anschließen, damit
91 Ermittlungen und Strafverfolgung zukünftig ohne lange Verzögerungen erfolgen können. Die
92 Ausstattung aller Dienstgebäude mit Trinkwasserspendern, die energetische Sanierung und die
93 Nutzung erneuerbarer Energien, auch bei Beschaffungen für den Fuhrpark, werden wir zum
94 Standard machen. Für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste muss für die Bewältigung der
95 Alltagsaufgaben die erforderliche persönliche Schutzausrüstung, Ausstattung und
96 Verbrauchsmaterialien sichergestellt sein. Es darf nicht sein, dass an der Grundausstattung
97 gespart und gekürzt wird.

98 Vielfalt und Resilienz in Sicherheitsbehörden ausbauen

99 Moderne, vielfältige und diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden sind für den Schutz der
100 Demokratie unabdingbar. Gleichzeitig müssen sie als Arbeitgeberinnen in Zeiten des
101 Fachkräftemangels besonders attraktiv sein.
102 Deshalb müssen Demokratiebildung, Diskriminierungskritik und kommunikative Kompetenzen in
103 Aus- und Fortbildung sowie im Studium gefördert werden. So unterstützen wir Grüne die
104 Sicherheitsbehörden dabei, Frauen und Vielfalt zu fördern und Diskriminierung und Sexismus –
105 auch am Arbeitsplatz – entschlossen entgegenzuwirken. Antifeminismus ist eine
106 verfassungsfeindliche Ideologie, die wir als Analysekategorie in der Arbeit der
107 Sicherheitsbehörden verankern und durch verbindliche Fortbildungen in Verwaltung, Bildung
108 und Justiz bekämpfen. Wir werden überdies die Empfehlungen der Berliner Polizeistudie
109 konsequent umsetzen und Angebote hinsichtlich Supervision, Einsatznachbereitungen und
110 Resilienzstärkung ausbauen. Für die Verbesserung der Strukturen und der Arbeitsweise bei der
111 Berliner Feuerwehr und im Rettungsdienst werden wir eine Feuerwehrstudie durchführen. Die
112 Einführung des unabhängigen Bürger*innen- und Polizeibeauftragten war die richtige
113 Entscheidung, um das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken – sowohl bei Anliegen von
114 Betroffenen polizeilicher Maßnahmen als auch für Polizist*innen selbst. Wir werden die
115 unabhängige Kontrolle verbessern und dem Beauftragten ermöglichen, effektiv alle an ihn
116 herangetragenen Sachverhalte zu überprüfen.

117 Kriminalität gezielt entgegenwirken

118 Wir Bündnisgrüne möchten Kriminalität gezielt entgegenwirken. Daher führen wir neben der
119 Polizeilichen Kriminalstatistik den Berliner Periodischen Sicherheitsbericht ein, der nicht
120 nur die Anzahl der Taten analysiert, sondern auch deren Ursachen. Polizeiliche Ressourcen
121 sollen danach dort eingesetzt werden, wo sie den meisten Nutzen bieten und aktuellen
122 Entwicklungen bei der Gewalt-, Eigentums- und Vermögenskriminalität gezielt entgegenwirken
123 können. Die Bezirklichen Ordnungsämter wollen wir stärken, damit sie ihren Aufgaben im
124 Bereich der Gefahrenabwehr endlich gerecht werden können und diese nicht regelmäßig von der
125 Polizei aufgefangen werden müssen.

126 Überwachung begrenzen und Grundrechte schützen

127 Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und
128 Ängste aus und birgt die Gefahr, unsere demokratische Grundordnung und unsere Grundrechte zu
129 riskieren, die die Überwachung eigentlich sichern soll.

130 Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und
131 Ängste aus und birgt die Gefahr unverhältnismäßig in unsere Grundrechte einzugreifen, die
132 der Staat zu schützen verpflichtet ist. Wir unterstützen zielgerichtete, effektive,
133 grundrechtsschonende und rechtssichere Ermittlungsinstrumente. Anlasslose
134 Massenüberwachung wie die biometrische Gesichtserkennung lehnen wir ab. Die umfassende
135 Vorratsdatenspeicherung ist zurecht mehrfach vor obersten Gerichten gescheitert. Sollte die
136 Bundesregierung diese erneut einbringen, werden wir ihr im Bundesrat eine klare Absage
137 erteilen. Online-Durchsuchung und Quellen Telekommunikationsüberwachung stellen äußerst
138 tiefe Grundrechtseingriffe dar und das bewusste Offenhalten von Sicherheitslücken ist in
139 Zeiten wachsender hybrider Bedrohungen das Gegenteil von sicherheitspolitischer Vernunft.
140 Wir erkennen an, dass sich die Kommunikation von Straftäter*innen zunehmend ins Digitale
141 verlagert und häufig verschlüsselt stattfindet. Daher wollen wir das Kriminaltechnische
142 Institut und die IT-Forensik der Berliner Polizei stärken. Statt flächendeckender
143 Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir diese nur dort zielgerichtet ausbauen, wo
144 sie tatsächlich helfen kann, unsere kritischen Infrastrukturen zu schützen. Eine Auswertung
145 polizeilicher Daten mit Hilfe von Software von Palantir oder anderen problematischen
146 Anbietern weisen wir zurück. Gerade Software in den Sicherheitsbehörden muss
147 datenschutzrechtliche Standards garantieren, die Grundrechte wahren und mit klarer
148 Zweckbindung und in ihren Quellcodes transparent und nachvollziehbar ausgestaltet sein. Die
149 Zusammenführung, Verknüpfung und Aufbereitung von Daten in einer polizeilichen
150 Superdatenbank ist weder sicherheitspolitisch zielführend noch verhältnismäßig. Es stellt
151 ein Sicherheitsrisiko dar, sich der digitalen, europäischen Souveränität selbst zu berauben.
152 Wir Grüne setzen darauf, Überwachungstransparenz herzustellen, indem statistisch erfasst
153 wird, welche Maßnahmen wie häufig eingesetzt werden, wo es bei der Umsetzung hapert und was
154 umgekehrt zielführend ist. Das von Schwarz-Rot abgeschaltete Funkzellentransparenzsystem
155 wird es Betroffenen in Zukunft wieder ermöglichen, ihre Auskunftsansprüche einfach und
156 digital durchzusetzen. Das Berliner Polizeigesetz (Allgemeines Sicherheits- und
157 Ordnungsgesetz – ASOG) werden wir evaluieren und Bürger*innenrechte und parlamentarische
158 Kontrollmöglichkeiten stärken sowie eine Aufgabenkritik zur Entlastung der Polizei
159 durchführen. Polizeiliches Handeln muss sich stets nach dem Handeln der Verdächtigen
160 richten, weshalb wir anlasslose Kontrollen ablehnen. Sie sind nicht nur ineffektiv und
161 personalintensiv, sondern auch ein Einfallstor für Racial Profiling. Um dem
162 entgegenzuwirken, möchten wir eine digitale Kontrollquittung einführen, mit der jede Person
163 über den Anlass der Kontrolle informiert werden kann. Das schafft Transparenz und
164 Nachvollziehbarkeit in Verbindung mit polizeilichem Handeln. Wir werden die bestehenden
165 kriminalitätsbelasteten Orte und Messer- und Waffenverbotszonen auf ihre Sinnhaftigkeit
166 überprüfen und werden sie, wo erforderlich, wieder abschaffen. Die Ergebnisse der
167 Bodycamstudie wollen wir umsetzen und den Einsatz auf die Polizei beschränken. Die Bodycam
168 dient dabei auch als bürgerrechtliches Instrument, das auf Verlangen oder bei unmittelbarem
169 Zwang zur Beweissicherung angeschaltet werden muss.

170 Versammlungsfreiheit verteidigen

171 Demonstrationen sind ein Mittel, um zusammenzukommen, Unmut und Trauer auszudrücken sowie
172 politische Positionen zu vertreten. Mit jährlich über 7.000 politischen Versammlungen ist
173 Berlin als Bundeshauptstadt auch Demonstrationshauptstadt. Wir Bündnisgrüne schützen das
174 Versammlungsgrundrecht und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität
175 der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gleichzeitig sehen wir, wie
176 durch die Diffamierung von Protestformen und Gerichten versucht wird, Versammlungen
177 unverhältnismäßig einzuschränken oder zu verbieten. Die notwendige Differenzierung muss
178 möglich sein: Gewalt, menschenverachtende und antisemitische Äußerungen von

179 Demonstrationsteilnehmenden und die Instrumentalisierung von Versammlungen durch
180 extremistische Akteur*innen sind eindeutig zu verurteilen. Zugleich ist Kritik an
181 unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen wie pauschalen Sprachverboten und Gewalt gegen
182 Demonstrierende legitim und darf nicht abgetan werden. Gewalt und Hass auf Demonstrationen
183 sind inakzeptabel und sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine
184 Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. Während
185 der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt,
186 stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass
187 Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und
188 an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan
189 werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt,
190 schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.

191 Politisch motivierte Straftaten konsequent bekämpfen

192 Wir stehen für eine konsequente Verfolgung von politisch motivierten Straftaten und
193 Netzwerken – auch und gerade im Internet. Schwerpunkte sind für Berlin vor allem
194 rechtsextremistische und islamistische Gefährdungen. Auch die Bedrohung durch Anschläge und
195 Sabotageaktionen durch Akteur*innen im In- und Ausland, von linksextremistischen
196 Gruppierungen bis zum Einsatz von Low-level-Agents durch Russland, muss von den
197 Sicherheitsbehörden im Fokus behalten werden. Gemeingefährliche Anschläge auf
198 Versorgungssysteme, auf kritische Infrastrukturen, auf die Lebensadern unserer Stadt treffen
199 uns alle, sind hoch kriminell und durch nichts zu rechtfertigen. Die Ermittlungen zu
200 Anschlägen der Vulkangruppen auf das Stromnetz tappen seit 15 Jahren im Dunklen, müssen
201 konzentriert und verstärkt und der Fahndungsdruck erhöht werden. Neben einer Gesamtstrategie
202 gegen Rechtsextremismus benötigen wir eine Stärkung der Deradikalisierungsarbeit sowie der
203 Beratungsstellen gegen Verschwörungsideologien, Hasskriminalität und einen Ausbau der
204 zielgruppenspezifischen Arbeit mit Jugendlichen und Männern. Offene Haftbefehle gegenüber
205 untergetauchten oder verurteilten Rechtsextremist*innen oder anderen Extremist*innen müssen
206 endlich konsequent vollzogen werden. Um organisierte Netzwerke hinter rechtsextremen Hass
207 und Straftaten zu zerschlagen, ist auch das Instrument der Vereinsverbote gegenüber
208 verfassungsfeindlichen Vereinigungen zu nutzen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen
209 gegeben sind.

210 Lehren aus der Neuköllner Straftatenserie ziehen

211 Über Jahre hinweg hat es in Neukölln eine rechte Anschlagsserie gegeben, die von den
212 Ermittlungsbehörden nicht konsequent verfolgt worden ist. Wir Grüne sind solidarisch mit den
213 betroffenen Personen und Kiezen, die bis heute unter den Folgen leiden und Vertrauen in den
214 Rechtsstaat verloren haben. Der Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus hat
215 wiederholt Defizite bei den Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Informationen wurden nicht
216 zusammengeführt, Betroffene nicht ernst genommen. Erst durch die Übernahme der Ermittlungen
217 durch die Generalstaatsanwaltschaft konnten Täter*innen angeklagt und verurteilt werden.
218 Damit sich dies nicht mehr wiederholt, ist entscheidend, dass es eine Zusammenarbeit
219 zwischen betroffenen Dienststellen und Behörden sowie klare Verantwortlichkeiten und einen
220 strukturierten Wissenstransfer gibt – gerade in den Bereichen mit erforderlicher
221 Szenenkenntnis. Wo weggeschaut wird, wächst rechte Gewalt. Umso wichtiger ist, dass auch
222 vermeintlich „kleine Delikte“ nicht bagatellisiert werden – ihre politische Motivation muss
223 von Beginn an mitgedacht und in die Ermittlungen einbezogen werden.

224 Verfassungsschutz neu ordnen und Kontrolle stärken

225 Trotz der erfolgreichen Interventionen des Verfassungsschutzverbundes bei der Verhinderung
226 extremistischer Anschläge in den letzten Jahren und seiner Beiträge zur Aufdeckung
227 russischer und chinesischer Spionagekampagnen wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes
228 zurecht kritisch betrachtet. Die Verfassungsschutzmärkte des Bundes und der Länder sind ihren
229 Aufgaben durch ihre langjährige Blindheit auf dem rechten Auge und Stigmatisierung linken
230 Protestes, dem Versagen im NSU-Komplex, V-Leute-Skandalen und Fehlern im Zusammenhang des
231 Breitscheidplatz-Anschlages zu oft nicht gerecht geworden. Für ein wirksames
232 Früherkennungssystem gegen die wachsenden Bedrohungen der freiheitlichen Demokratie halten
233 wir Grüne eine strukturelle Neuordnung für erforderlich: Es braucht zwei Säulen mit einem
234 unabhängigen, anhand öffentlicher Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung
235 sowie einem rechtsstaatskonformen, von polizeilichen Aufgaben klar abgegrenzten
236 nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz mit Fokussierung auf die Früherkennung von
237 staatsgefährdenden Straftaten, Desinformation, Spionage und Terrorismus. Dabei muss auch
238 berücksichtigt werden, dass Berlin als Hauptstadt besonders im Fokus von Überwachung,
239 Spionage und Sabotage durch ausländische Geheimdienste und der Verfolgung von
240 Menschenrechtsverteidiger*innen durch autoritäre Regime ist. Auf Grundlage einer
241 unabhängigen und wissenschaftlichen Evaluation werden wir anschließend die Aufgaben,
242 Prioritäten und Ressourcen des Verfassungsschutzes neu justieren. Mit einem
243 Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die bestehenden parlamentarischen Kontroll- und
244 Informationsrechte zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit über Informationsgewinnung,
245 nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe verbessern. Eine Regelabfrage beim
246 Verfassungsschutz für Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst, Beamte*innen in nicht
247 sicherheitsrelevanten Bereichen und Referendar*innen lehnen wir ab.

248 Sicherheit und Soziales zusammendenken

249 Der öffentliche Raum ist Begegnungsraum für Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen,
250 hier treffen verschiedene Perspektiven und Bedürfnisse in einer dicht besiedelten und
251 wachsenden Metropole aufeinander. Wer nicht nur Symptome, sondern Ursachen bekämpfen will,
252 muss Sicherheit und Soziales zusammendenken. Die Berliner Polizei betont zurecht, dass sie
253 sozialen Ursachen mit ihren Mitteln nicht angemessen begegnen kann. Damit das Zusammenspiel
254 gelingt, fordern wir eine gesamtstädtische Strategie „SicherheitPlus“, die die soziale
255 Infrastruktur in den Brennpunkten gezielt stärkt. Dies bedeutet für uns einen Dreiklang aus
256 sozialen Maßnahmen, der Verbesserung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und
257 polizeilichen Präsenzmaßnahmen. Zentral dabei ist für uns die Überzeugung, dass soziale
258 Probleme nur sozial gelöst werden können. Wir unterstützen die sozialen Träger und
259 Initiativen, die mit ihrer Arbeit in der ganzen Stadt eine zentrale Säule für ein sicheres
260 Berlin sind. Außerdem werden wir gezielt die Bezirke dabei unterstützen gemeinsam mit der
261 Nachbarschaft und den Akteuren vor Ort durch Veranstaltungsformate, städtebauliche Maßnahmen
262 und mehr Sauberkeit öffentliche Räume neu zu beleben und umzugestalten. Mit ihrem Wissen
263 über die Problemlagen und Bedarfe vor Ort können kiezspezifische Antworten gegeben.
264 Entscheidend ist, dass sich polizeiliche und sicherheitspolitische Maßnahmen und die soziale
265 Arbeit vor Ort ergänzen und Entwicklungen frühzeitig angemessen adressiert werden können.
266 Durch Präsenz auf Augenhöhe wollen wir die Ansprechbarkeit der Polizei für Gewerbetreibende
267 und Anwohnende weiter verbessern. Die Verzahnung mit Ämtern, Polizei und Akteuren vor Ort
268 schafft wichtige Austauschplattformen, um sich gegenseitig absprechen und unterstützen zu
269 können.

270 Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

271 Die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität werden wir Bündnisgrüne priorisieren und die
272 vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen bündeln: Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft
273 müssen in die Lage versetzt werden, einen stärkeren Fokus auf Strukturermittlungen legen zu
274 können, damit die „großen Fische“ nicht durchs Netz gehen. Für einen durchgehenden Follow-
275 the-Money-Ansatz schaffen wir die nötigen Schnittstellen mit den Finanzämtern, der
276 Steuerfahndung, der Gewerbeaufsicht und dem Zoll: Organisierte Kriminalität darf sich nicht
277 mehr lohnen. Wir werden ein Immobilienregister einrichten, aus dem die wahren
278 wirtschaftlichen Berechtigten an Immobilien hervorgehen, um kriminelle Strukturen im
279 Immobilienbereich leichter aufdecken und die Immobilien einziehen zu können. Zur
280 Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen bei Erträgen aus illegalen Quellen, auch durch die
281 Einziehung von Immobilien, braucht es neben kriminalpolizeilichen Kompetenzen auch
282 qualifiziertes Personal, das kriminelle Geflechte erkennen, nachvollziehen und verfolgen
283 kann. Die Gewerbeüberwachung werden wir grundlegend reformieren, auch durch eine klare
284 Aufgabenverteilung zwischen Land und bezirklichen Ordnungsämtern. Diskriminierende
285 Praktiken, Herkunftsdebatten, oder symbolpolitische Verbundeinsätze sind weder hilfreich
286 noch zielführend und dürfen nicht Maßgabe für politisches oder polizeiliches Handeln sein.
287 Wir werden eine stadtweit zuständige Ermittlungsgruppe „Fahrraddiebstahl“ beim
288 Landeskriminalamt einrichten, auch um organisierten Banden Einhalt zu gebieten. Wir werden
289 die Hotspots des Fahrraddiebstahls in den Fokus nehmen und die Zahl der Schwerpunkteinsätze
290 deutlich ausweiten. Denn jedes Jahr werden in Berlin rund 25.000 Fahrraddiebstähle bei der
291 Polizei gemeldet, das sind über zehn Prozent aller Diebstähle in Berlin, die
292 Aufklärungsquote liegt dagegen konstant unter fünf Prozent.

293 Kriminalität im digitalen Zeitalter entgegentreten

294 Kriminalität, die im digitalen Raum stattfindet, ist längst Teil einer Realität, die immer
295 stärkere Auswirkungen auf das „reale Leben“ hat. Sie darf daher gegenüber analogen
296 Kriminalitätsphänomenen nicht nachrangig behandelt werden. Wir Bündnisgrüne befähigen die
297 Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Spionage im digitalen Raum,
298 damit sie effektiv und schnell auf neue Bedrohungslagen reagieren können. Dabei liegt ein
299 besonderer Fokus auch auf der Bekämpfung von Hasskriminalität. Die großen Tech-Unternehmen
300 sollen über eine konsequente Umsetzung des Digital Services Act stärker reglementiert und
301 Nutzer*innen im digitalen Raum vor Hass und Desinformation geschützt werden. Darüber hinaus
302 braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende, falsche und manipulative
303 Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen in ihrer Wahrnehmung und Haltung und damit
304 die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den gewachsenen Möglichkeiten durch
305 Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für unsere Demokratie dar –
306 insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden. Der zunehmende Einsatz von KI bringt neben
307 neuen juristischen Herausforderungen auch Geschäftsmodelle auf den Plan, die auf dem
308 Diebstahl oder der unangemessenen Verwertung urheber-, persönlichkeits-, datenschutz- oder
309 patentrechtlich geschützter Inhalte abzielen. Entsprechende Kompetenzen sind dafür auch bei
310 Polizei und Justiz zu schulen.

311 Im Umgang mit Onlineangriffen braucht es eine berlinweite Strategie zur Cybersicherheit des
312 gesamten Senats, die unter Einbindung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln
313 ist. Für die Verwaltung und besonders die kritische Infrastruktur (KRITIS) sind
314 Mindestsicherheitsanforderungen, eine klare Aufgabenverteilung und präzise beschriebene
315 Befugnisse und Verantwortlichkeiten der handelnden Behörden notwendig. In einem Berliner IT-
316 Sicherheitsgesetz wollen wir verbindliche Standards festlegen. Darüber hinaus braucht es

317 eine Neuordnung der föderalen Cybersicherheitsarchitektur: Wir unterstützen daher den Ausbau
318 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle im Bund-
319 Länder-Verhältnis.

320 **Informationelle Selbstbestimmung schützen**

321 Der Datenschutz gewinnt mit der Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche noch größere
322 Bedeutung. IT-Verfahren müssen so gestaltet werden, dass das Recht auf informationelle
323 Selbstbestimmung und damit der Schutz der Privatsphäre gewährleistet ist. Wir stellen
324 sicher, dass die Befugnisse der Berliner Beauftragten für Datenschutz und
325 Informationsfreiheit in Zukunft auch gegenüber den Sicherheitsbehörden gelten werden. Für
326 die konsequente Durchsetzung von geltendem Datenschutzrecht stärken wir die
327 Landesdatenschutzbeauftragte. Das beinhaltet die überfällige und vollumfängliche Umsetzung
328 der europäischen JI-Richtlinie (Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der
329 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der
330 Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung
331 sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des
332 Rates), die personenbezogene Daten schützt, einschließlich Sanktionsbefugnissen für die
333 oberste Datenschutzbehörde.

334 **Unseren Rettungsdienst sicher aufstellen**

335 Wer die 112 ruft, muss sich darauf verlassen können, dass die richtige Hilfe kommt. Statt
336 einer Absenkung von medizinischen Standards wollen wir den Berliner Rettungsdienst fit für
337 die Zukunft machen. Es braucht eine Personaloffensive zur Gewinnung von mehr
338 Notfallsanitäter*innen und eine eigene Laufbahn für den Rettungsdienst. Mit einem Runden
339 Tisch „Rettungsdienst“ werden wir die unterschiedlichen Akteur*innen mit der
340 Gesundheitsversorgung verzahnen, damit jede*r Hilfesuchende an die geeignete Stelle –
341 Rettungsstelle, Hausärzt*in, ärztlicher Bereitschaftsdienst, Krisendienste etc. – gelangt
342 und dort die passende Hilfe bekommt. Wir Grüne stärken die Präventionsfähigkeiten und führen
343 Kriseninterventionsteams ein, um insbesondere auf Einsatzlagen mit psychosozialen
344 Herausforderungen besser reagieren zu können.
345
346 Die bisher verschleppte Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene muss kommen und dafür
347 Sorge tragen, dass der Rettungsdienst nicht mehr nur als Transportleistung verstanden und
348 vergütet wird. Wir wollen die Patient*innensteuerung verbessern, damit neben der
349 Notfallmedizin auch die Versorgung von Menschen mit akuten pflegerischen Bedarfen oder
350 akuten psychischen Krisen angemessen adressiert werden.

351 **6.2 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz krisenfest machen**

352 Der Bevölkerungsschutz in Berlin und eine Vorbereitung auf mögliche Krisen wurden jahrelang
353 vernachlässigt. Es herrscht ein System der organisierten Unzuständigkeit. Doch nur eine
354 krisenfeste Stadt, ist eine sichere Stadt. Zwei Anschläge auf unser Stromnetz in den letzten
355 12 Monaten mit tagelangen, großflächigen Stromausfällen haben gezeigt, dass die kritische
356 Infrastruktur nicht ausreichend geschützt ist, das Krisenmanagement nicht ineinandergreift
357 und deutlich mehr in Vorsorge investiert werden muss. Die schwarz-rote Senatspolitik, die
358 primär auf Überschriften und Symbolpolitik setzt, offenbart die Versäumnisse und
359 Konzeptlosigkeit in Fragen des Katastrophenschutzes und des Krisenmanagements. Echte
360 Resilienz schafft man nur durch ein Gesamtkonzept zur Absicherung, physischen Vorsorge und
361 vorbereitete Notinstandsetzung und eine intelligente, dezentrale Struktur des Stromnetzes

362 selbst. Resilienz endet jedoch nicht an der Frage der Strom- und Notstromversorgung, sondern
363 muss Risiken durch Hitze, Starkreagen oder Pandemien bis hin zu Cyberangriffen,
364 Desinformationskampagnen, aggressiver Propaganda und Sabotage bis zur Überlastung der
365 Gesundheitsversorgung im Krisenfall in den Blick nehmen. Bereits heute drohen reale
366 Krisenszenarien, auf die Berlin besser vorbereitet sein muss. Für einen effektiven Schutz
367 und eine sichere Versorgung der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophen braucht es nicht nur
368 ausreichend Personal, Ressourcen und Kompetenzen, sondern eine klare Zuständigkeiten und
369 Aufgaben, umfassende Risikoanalysen und Notfallpläne, ressortübergreifende Standards für
370 Verwaltungen und Behörden in Land und Bezirken und die notwendigen Ressourcen, damit im
371 Ernstfall die Strukturen schnell handlungsfähig werden und funktionieren. Wir wollen das
372 Katastrophenschutzgesetz an die Gegebenheiten der Zeit anpassen. Bei großflächigen oder
373 Bezirks- und ressortübergreifenden Lagen müssen Maßnahmen frühzeitig durch eine zentrale
374 Koordination der Krisenstabsstrukturen organisiert werden. Eine funktionierende
375 Krisenstabsstruktur von Anfang an ist entscheidend dafür, wie gut eine Lage bewältigt wird.
376 Außerdem müssen wir den Schutz unserer kritischen Infrastruktur systematisch und umfassend
377 mit Blick auf Bedrohungslagen analysieren und die notwendigen Absicherungs- und Anpassungen
378 schnellstmöglich vornehmen. Auch die immer wieder versprochenen Mittel aus den
379 Sondervermögen des Bundes für den Zivil- und Katastrophenschutz müssen in Berlin als
380 Bundeshauptstadt zur Stärkung von Prävention und Sicherheit genutzt werden können. Wir
381 wollen die große Solidarität und Hilfsbereitschaft der Berliner*innen fördern und besser
382 koordinieren, indem wir eine digitale Helfendenplattform und Kanäle schaffen, die eine
383 verlässliche Kommunikation in einer Krise ermöglichen. Neben dem meist ehrenamtlichen
384 Engagement von Einsatzkräften, Hilfsorganisationen, Kirchen, Vereinen und
385 Nachbarschaftsinitiativen können so auch Spontanhelfende besser eingebunden werden. Die
386 Zivilgesellschaft muss über die nötigen Ressourcen und die Unterstützung der Stadt und der
387 Bezirke verfügen, damit ihre wiederholt bewiesene unverzichtbare Hilfsbereitschaft in Krisen
388 und Katastrophen auch bestmöglich den Menschen in Berlin zugute kommen kann. Auch die
389 Berliner Hilfsorganisationen und das THW wollen wir verlässlich einbinden und unterstützen.
390 Für den Zivilschutz braucht es eine Stärkung der vorbeugenden Abwehr hybrider Bedrohungen
391 und eine gut verzahnte Zusammenarbeit des Bundes. Den jährlichen Bevölkerungsschutztag
392 wollen wir für stadtweite organisations- und behördenübergreifende Übungsszenarien nutzen,
393 die eine Einbindung der Bevölkerung beinhalten und im Anschluss evaluiert und
394 weiterentwickelt werden. Denn das Wissen über das richtige Verhalten im Krisenfall stärkt
395 die Krisenbewältigung und bewahrt vor gesundheitlichen Schäden und zusätzlichen Kosten.

396 **6.3. Starke Justiz – Rechtsstaat sichern**

397 Unser Berlin ist ein sozialer Rechtsstaat. Wir Bündnisgrüne stehen für eine unabhängige und
398 leistungsfähige Justiz. Rechtsschutz und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards müssen
399 stets und für alle Bürger*innen gewährleistet sein. Dafür brauchen wir in Gerichten,
400 Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug engagierte, kompetente und kritikfähige
401 Mitarbeitende. Denn die in der Justiz arbeitenden Menschen bilden das Rückgrat unseres
402 Rechtsstaats, der durch die Zunahme extremistischer Kräfte und antidemokratischer Tendenzen
403 massiv unter Druck steht. Eine zukunftsfähige Justiz nutzt die Chancen der Digitalisierung.
404 Die Resozialisierung Strafgefangener werden wir wieder in den Vordergrund rücken, da die
405 Gesellschaft allein dadurch nachhaltig vor Straftaten geschützt wird. Dies gelingt nur
406 gemeinsam mit freien Trägern, deren Netzwerke und Kompetenzen unverzichtbar sind. Die
407 Entziehung der Freiheit ist Strafe genug, die Haftbedingungen müssen einen zeitgemäßen,
408 behandlungsorientierten Justizvollzug ermöglichen. Rechtsstaatlichkeit heißt für uns aber

409 auch, Opfer von Straftaten durch ein Opferschutzgesetz proaktiv und professionell zu
410 unterstützen und sie wirksam vor weiterer Gewalt zu schützen.

411 Zugang zum Recht verbessern

412 Wir Grüne möchten den Zugang zum Recht in Berlin verbessern, denn dieser ist noch immer
413 nicht für alle Menschen gleich. Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status werden
414 strukturell benachteiligt, häufig können sie sich einen Rechtsbeistand nicht leisten. Auf
415 Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Beratungs- und Prozesskostenhilfe, aber auch der
416 Zugang zur Strafverteidigung erleichtert werden. Zudem werden wir die Rechtsantragstellen
417 bei den Gerichten ausbauen, dort mehrsprachige Angebote schaffen und einen leichteren
418 digitalen Zugang zur Justiz ermöglichen. Wir führen eine gesetzliche Kooperationspflicht für
419 die Landesbehörden mit den Verwaltungsgerichten ein und stellen juristisch sicher, dass
420 eingreifende Entscheidungen regelmäßig nicht vollstreckt werden, solange ein zulässiges
421 Eilverfahren anhängig ist. Die Rechte von Kindern vor den Familiengerichten und als
422 Zeug*innen und Verletzte in Strafverfahren wollen wir stärken. Die wertvolle Arbeit der
423 Kinderschutzzambulanz und das Childhood-Haus Berlin an der Charité werden wir stärken. Die
424 Strafverfolgungsbehörden unterstützen wir bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und
425 bauen die Strukturen zur Vermögensabschöpfung im rechtsstaatlichen Rahmen weiter aus.

426 Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen

427 In Berlin befinden sich noch immer zu viele Menschen in Haft, die ihre Geldstrafe nicht
428 bezahlen konnten. Diese Menschen benötigen Hilfe und keine Inhaftierung. Noch immer enthält
429 das Strafgesetzbuch zu viele Bagatelldelikte, die die Justiz belasten und deren
430 strafrechtliche Verfolgung ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist. Daher werden wir uns
431 auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Entkriminalisierung
432 von Bagatelldelikten wie z. B. das Fahren ohne Fahrschein im öffentlichen Nahverkehr
433 einsetzen. Um zu verhindern, dass Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, im
434 Gefängnis landen, werden wir Projekte stärken, bei denen Menschen ihre Geldstrafen
435 abarbeiten können. Von Ersatzfreiheitsstrafen sind oft wohnungslose Personen betroffen. Sie
436 benötigen Hilfe, um die Inhaftierung zu vermeiden. Armut darf kein Grund sein, der Menschen
437 ins Gefängnis bringt.

438 Resozialisierung und Chancen ermöglichen

439 Wir Grüne werden den offenen Vollzug stärken und ausbauen, da er nach unserer Überzeugung am
440 besten geeignet ist, um den schädlichen Einfluss der Haft zu minimieren und die Gefangenen
441 zu einem Leben ohne Straftaten zu befähigen. Strafgefangene brauchen passgenaue und
442 zeitgemäße Behandlungs- und Bildungsmaßnahmen und eine bessere Betreuung vor und nach der
443 Entlassung. Wir sorgen dafür, dass alle zuständigen staatlichen Stellen Verantwortung für
444 die Wiedereingliederung übernehmen, und werden auch die freien Träger hier noch stärker
445 einbeziehen. Kinder von Inhaftierten müssen – ressortübergreifend – intensiver in den Blick
446 genommen werden. Unser Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ ist ein großer
447 Erfolg und wir werden es weiter vorantreiben, sodass alle Gefangenen, bei denen dies zu
448 verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – damit sie den Kontakt mit ihren
449 Familien halten, digitale Bildungsangebote nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job
450 bewerben können. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten
451 Bediensteten. Wir werden daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter
452 steigern und ihn flexibler gestalten. Die Justizvollzugsanstalten werden wir baulich weiter

453 modernisieren, um menschenwürdige Haftbedingungen und zeitgemäße Arbeitsplätze für die
454 Mitarbeitenden zu schaffen.

455 Asylverfahren durch Expertise fair gestalten

456 Für uns Bündnisgrüne steht fest: Der Schutz von Menschenrechten, das Recht auf Asyl und der
457 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sind unantastbar.

458 Hinter jedem Asylverfahren steht ein menschliches Schicksal. Mit jeder Entscheidung wird
459 über Schutz, Sicherheit und Lebenschancen entschieden. Falsche Entscheidungen können
460 schwerwiegende und irreversible Folgen haben, bis hin zu erneuter Verfolgung, Gewalt oder
461 Lebensgefahr für die Betroffenen. Um diesen Entscheidungen die bestmögliche Grundlage zu
462 geben, braucht es fundierte, unabhängige und vielfältige Expertise. Wir wollen daher
463 wissenschaftliche Mitarbeitende am Verwaltungsgericht einstellen, die vertiefte Kenntnisse
464 zu den politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in den
465 Herkunftsländer einbringen und die Erkenntnismittel für die Richter*innen systematisch
466 aufbereiten.

467 Fehlerkultur der Justiz ausbauen

468 Wir Bündnisgrüne stehen für eine transparente, lernende Justiz mit einer entwickelten
469 Fehlerkultur und einem besseren Schutz vor Fehlurteilen. Dazu gehören für uns insbesondere
470 die Verlängerung der Aufbewahrungsfristen von Beweismitteln, die Stärkung der
471 Rechtsmittelinstanzen, eine wissenschaftliche Analyse der Ursachen von Fehlurteilen und
472 entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und Staatsanwält*innen.

473 Personaloffensive in der Justiz starten

474 Angesichts der auf die Justiz zurollenden Pensionierungswelle werden wir unsere Bemühungen
475 für eine Personaloffensive in diesem Bereich erneuern. Hierfür möchten wir die
476 Arbeitsbedingungen familienfreundlicher und mobiler machen sowie Quereinstiege,
477 Aufstiegschancen und Wechsel durch eine angemessene Anrechnung von Vorerfahrungszeiten
478 erleichtern. Die Bedingungen des Rechtsreferendariats sollen attraktiver gestaltet werden.
479 Bei der Einstellung sollen Bewerber*innen mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung
480 Vorrang haben. Frauen in der Justiz werden wir weiter fördern, insbesondere durch
481 paritätische Vorschlagslisten bei Beförderungsstellen. Die Ausbildung der
482 Gerichtsvollzieher*innen werden wir qualifizieren. Wir wollen Pflichtfortbildungen
483 einführen, um sicherzustellen, dass die gesamte Richter*innenschaft vom Angebot profitiert.
484 Beim Ausbau der Fortbildungen werden wir den interdisziplinären Ansatz stärken und dafür
485 sorgen, dass es noch mehr qualifizierte Fortbildungen zu den Kindesanhörungen im
486 Familienrecht und Strafrecht gibt sowie zur Istanbulkonvention, zur häuslichen Gewalt und zu
487 Straftaten, die durch Rechtsextremismus und andere Formen von gruppenbezogener
488 Menschenfeindlichkeit motiviert sind.

489 Juristische Ausbildung reformieren

490 Wir Grüne wollen über die Justizministerkonferenz einen breiten Stakeholder-Prozess mit dem
491 Ziel einer zeitgemäßen und praxistauglichen Reform der juristischen Ausbildung initiieren. In
492 die Diskussionen wollen wir alle relevanten Akteur*innen – darunter Studierende,
493 Referendar*innen, Dozierende, Prüfungssämter und Berufsverbände – einbinden. Die
494 Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus, Klassismus, Antisemitismus sowie Trans- und

495 Homosexuellenfeindlichkeit muss fester Bestandteil der Ausbildung werden, ebenso wie eine
496 Förderung des Erlernens von kritischer Analyse und Reflexion des Rechts. Weitere Ziele sind
497 die höhere Transparenz bei der Notenvergabe, eine Reduktion des Pflichtfachstoffes, die
498 paritätische Besetzung der Prüfungskommissionen, verdeckte Zweitkorrekturen in den
499 Staatsprüfungen und ein verantwortlicher und kritischer Umgang mit Künstlicher Intelligenz.
500 Im Referendariat setzen wir uns ein für eine stärkere Gewichtung der praktischen Leistungen,
501 eine Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe und die Abschaffung der Zuverdienstgrenze. Für die
502 Arbeitsgemeinschaften im Referendariat soll gemeinsam mit dem Kammergericht ein
503 strukturiertes didaktisches Gesamtkonzept entwickelt werden.

504 Extremismusprävention und Unabhängigkeit der Justiz sichern

505 Wir Bündnisgrüne bringen eine Bundesratsinitiative auf den Weg mit dem Ziel,
506 festzuschreiben, dass Schöff*innen und andere ehrenamtliche Richter*innen sich zur
507 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen, und werden eine Strategie zur
508 systematischen Überprüfung der Bewerber*innen zum Zwecke der Extremismusprävention
509 entwickeln.

510 Wir wollen – dem Vorbild der Mehrzahl der anderen Länder der EU folgend – die Unabhängigkeit
511 der Justiz durchsetzen und die Eigenständigkeit der Staatsanwaltschaft durch eine
512 weitgehende Abschaffung des Weisungsrechts der Justizverwaltung stärken.

513
514 Unser Rechtsstaat muss wehrhaft sein. Wir werden unsere Gerichte resilient machen gegen
515 antide mokratische Kräfte. Hierfür werden wir prüfen, gesetzliche Regelungen so anzupassen,
516 dass sie nicht missbraucht werden können, um Gerichte handlungsunfähig zu machen.

517 Als ersten Schritt soll per Erlass erklärt werden, dass das externe Einzelfall-Weisungsrecht
518 gegenüber der Staatsanwaltschaft grundsätzlich nicht ausgeübt wird. Strukturelle Hürden beim
519 Zugang zur Verteidigung werden wir abbauen.

520 Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben

521 Die Digitalisierung der Justiz ist eine Mammutaufgabe, die Priorität haben muss. Nach der
522 flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte an den Gerichten und in den
523 Staatsanwaltschaften müssen die Arbeitsabläufe, die Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen
524 und die Organisation angepasst und zum Teil grundlegend reformiert werden. In der
525 Rechtsprechung und Strafverfolgung werden wir den Einsatz digitaler Recherchetools und
526 Assistenzsysteme unterstützen. Hierdurch schaffen wir Effizienzgewinne und standardisieren
527 Arbeitsabläufe, was zur Entlastung von Richter*innen, Staatsanwält*innen und
528 Rechtspfleger*innen beiträgt. Hierbei behalten wir jedoch stets die Risiken und die
529 Sicherheit im Blick: Es muss immer ein Mensch sein, der letztlich in Gerichtsverfahren
530 entscheidet. Wir entwickeln für Gerichte und Staatsanwaltschaften ein Raumkonzept für die
531 ökologische Sanierung und eine effizientere Flächennutzung, die den neuen digitalen und
532 mobilen Arbeitsabläufen gerecht wird und zugleich eine hohe Aufenthaltsqualität für
533 Beschäftigte und Rechtsuchende garantiert. Wir Grüne werden im Zuge der vollständigen
534 Digitalisierung verstärkt virtuelle Verhandlungssäle einrichten und flächendeckend WLAN
535 anbieten, um Anwält*innen digitales Arbeiten zu ermöglichen.

536 6.4. Funktionierende Verwaltung – Berlin zum Laufen 537 bringen

538 Wer in Berlin lebt, kennt es: Sobald ein Problem auftaucht, ist niemand dafür zuständig;
539 Bürger*innen verzweifeln seit vielen Jahren am Behörden-Pingpong. Deshalb haben wir
540 Bündnisgrüne einen Plan vorgelegt, wie Berlin mit einer Verwaltungsreform endlich wieder
541 funktioniert: klare Zuordnung von Steuerungs- und Durchführungsaufgaben zwischen Senats- und
542 Bezirksverwaltung und Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Berliner Verfassung, was
543 bedeutet, dass diejenigen, die Aufgaben beschriften, auch für deren Kostendeckung
544 verantwortlich sind. Damit stellen wir sicher, dass der Senat die Bezirke bei neuen Aufgaben
545 auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten muss.

546 Die schwarz-rote Koalition hat in ihrem Prozess der Verwaltungsmodernisierung, bei dem wir
547 uns als Bündnisgrüne von Beginn an aktiv eingebracht haben, diese beiden zentralen Elemente
548 aufgenommen; die verabschiedete Verwaltungsreform trägt eine deutliche bündnisgrüne
549 Handschrift. So kommen wir endlich weg vom Behörden-Pingpong und sorgen dafür, dass Berlin
550 endlich wieder funktioniert.

551 Jetzt ist es Zeit, die verabschiedete Verwaltungsreform mit Leben zu füllen und erfolgreich
552 umzusetzen. Unser Ziel sind Senatsverwaltungen, die vorausschauend und strategisch ihre
553 gesamtstädtische Verantwortung wahrnehmen, und Bezirksamter, die engagiert und pragmatisch
554 ihre Leistungen erbringen. So machen etwa schnelle Termine in Bürger*innenämtern, kompetente
555 und diskriminierungsfreie Beratung im Jugendamt sowie Angebote der Teilhabe deutlich, dass
556 der Staat funktioniert und die Anliegen aller Berliner*innen im Blick hat. Daher ist für uns
557 eine handlungsfähige, wehrhafte Verwaltung ein elementarer Beitrag zur Stabilisierung der
558 Demokratie.

559 Verwaltung handlungsfähig und bürger*innennah aufstellen

560 Wir Grüne möchten die Kultur der Verwaltung als Dienstleisterin aller Berliner*innen weiter
561 stärken und sicherstellen, dass sie sich bei der Aufgabenerfüllung entsprechend an deren
562 Bedürfnissen orientiert. Das bedeutet insbesondere, dass die Durchführung bürger*innennaher
563 Dienstleistungen diskriminierungsfrei erfolgt.

564 In einer zunehmend disruptiven Welt ist es unser Ziel, die gesamte Berliner Verwaltung in
565 die Lage zu versetzen, schnell und wirksam neuen Herausforderungen zu begegnen. Hierzu
566 müssen wir sie in ihren Strukturen resilient aufstellen. Wir wollen ein professionelles
567 Ideenmanagement in der Verwaltung etablieren. Die Beschäftigten wissen oft selbst, wo der
568 Schuh drückt und wie man Prozesse verbessern könnte. Hier gilt es, Zugänge zu erleichtern
569 und positive Anreize zu schaffen, diese Ideen auch vorzutragen. Teil des Kulturwandels muss
570 es sein, dass der Mut zur Veränderung auch im eigenen Arbeitsbereich gestärkt wird.

571 Verwaltungsreform umsetzen und Prozesse modernisieren

572 Die begonnene Aufgabenerfassung müssen wir hinsichtlich der Aufgabensortierung zu den
573 Politik- und Querschnittsfeldern zügig weiterführen. Dabei sind die einzelnen Aufgaben auch
574 einer Kritik zu unterziehen. Unser Ziel ist es, dass die Senatsverwaltungen die
575 gesamtstädtischen Steuerungsaufgaben für ihre Politikfelder innehaben. Die Berliner Bezirke
576 sollen Durchführungsaufgaben sowie die bezirklichen Steuerungsaufgaben übernehmen.

577 Verwaltungsprozesse wollen wir im Sinne des Dienstleistungsgedankens gegenüber den
578 Berliner*innen sowie der Berliner Wirtschaft und Stadtgesellschaft vereinfachen. Dabei

579 setzen wir uns aber dafür ein, dass eine Modernisierung von Verwaltungsprozessen keine
580 sozialen und ökologischen Standards untergräbt. Dafür brauchen wir Investitionen in die
581 Digitalisierung. Um als moderner Dienstleister die Anliegen der Bürger*innen und Unternehmen
582 effizient und nutzer*innenfreundlich zu bearbeiten, bedarf es einer konsequenten und
583 beschleunigten Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

584 6.5. Kommunale Demokratie vor Ort gestalten

585 Wir wollen, dass gestaltende Demokratie in den Berliner Bezirken als kommunaler Ebene des
586 Landes Berlins wirksam und erlebbar wird. Wir wollen die Bezirksverordnetenversammlung als
587 Organe kommunale Selbstverwaltung weiter entwickeln, zum Beispiel dadurch, dass in Zukunft
588 noch mehr ihrer Beschlüsse eine bindende Wirkung haben. Unser Ziel ist, die politische
589 Verantwortung im Bezirksamt für die Bürger*innen transparenter und ersichtlich zu machen,
590 wer für welche Politik gerade steht.

591 Wir Bündnisgrüne stellen sechs Bezirksbürgermeister*innen und elf weitere Stadträt*innen. In
592 allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen sind wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
593 vertreten und in drei Bezirken stellen wir die Vorsteher*innen. Wir zeigen an jedem Tag vor
594 Ort: Es macht einen Unterschied, wer regiert – sei es im Klimaschutz, beim Kampf gegen teure
595 Mieten oder bei unserem Einsatz für eine bürger*innennahe Verwaltung. Die Berliner Bezirke
596 bilden das Herz der städtischen Demokratie und Verwaltung. Sie sind der erste
597 Ansprechpartner für die Bürger*innen mit ihren Anliegen. Der Zustand der Bezirksverwaltungen
598 und der Berliner Kieze gibt den Bürger*innen einen ersten Eindruck vom Funktionieren der
599 Stadt und prägt maßgeblich das Vertrauen in die gesamte Berliner Verwaltung. Saubere
600 Grünflächen und intakte Spiel- und Sportplätze sind für uns kein Nice-to-have, sondern eine
601 essenzielle Daseinsvorsorge.

602 Als Verwaltung in den Kiezen und mit dem direkten Kontakt zu den Bürger*innen kennen die
603 Bezirksverwaltungen die Bedürfnisse vor Ort. Sie haben somit die Expertise, Entscheidungen
604 für das bezirkliche Zusammenleben in den Kiezen unter Berücksichtigung der Bürger*innen zu
605 treffen.

606 Starke und handlungsfähige Bezirke garantieren

607 Unser Ziel ist es, dass in den Bezirken gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben sind und
608 bei der Bereitstellung des bezirklichen Leistungsangebotes die bezirklichen Bedürfnisse
609 berücksichtigt werden.

610 Dafür wollen wir Grüne die Bezirke in der Umsetzung ihrer Durchführungsaufgaben sowie der
611 bezirklichen Steuerungsaufgaben stärken. Die Senatsverwaltungen sollen sich daher auf die
612 Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung konzentrieren. Bei der Umsetzung der
613 gesamtstädtischen Steuerung setzen wir auf ein lösungs- und zielorientiertes Miteinander
614 zwischen Senats- und Bezirksebene. Bei Entscheidungen auf gesamtstädtischer Ebene ist die
615 Expertise frühzeitig mit einzubeziehen. Damit die Bezirke ihre Interessen gegenüber dem
616 Senat effektiv durchsetzen können, wollen wir die Prozesse der Entscheidungsfindung
617 innerhalb des Bezirksamtes als Kollegialorgan optimieren und die Rolle der
618 Bezirksbürgermeister*innen dabei stärken ohne grundsätzlich die Ressortverantwortlichkeit
619 aufzuweichen.

620 Zugleich werden wir der im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffenen Einigungsstelle eine
621 zentrale Rolle im Abstimmungsprozess zwischen Landes- und Bezirksebene geben.

622 Wir wollen die Bezirke stärken, damit sie ihre Aufgaben zukunftsorientiert und
623 servicefreudlich durchführen können und eine soziale, kulturelle und infrastrukturelle
624 Daseinsvorsorge in allen Berliner Kiezen sichergestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen,
625 werden wir das in der Berliner Verfassung verankerte Konnexitätsgesetz im Rahmen der
626 Finanzierung der Bezirke etablieren. Das heißt, wir werden mit Blick auf Land und Bezirke
627 das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ konsequent umsetzen. Zur Sicherung der zeitnahen
628 Bearbeitung bürger*innennaher Dienstleistungen in den Bezirksämtern wollen wir das Konzept
629 der Springer*innenpools (Flex:Units) ausbauen. Unser Ziel ist der Aufbau von zwei zentralen
630 Flex:Units zur Entlastung temporärer Leistungsspitzen.

631 6.6. Sicheres Personal – Verwaltung zukunftsähig 632 ausstatten

633 Die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung sind der zentrale Erfolgsfaktor für eine
634 funktionierende Daseinsvorsorge und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Um eine
635 leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung zu erhalten, muss Berlin um die besten
636 Köpfe und motivierte Beschäftigte werben.

637 Aufgrund der demografischen Entwicklung und des sich wandelnden Arbeitsmarktes steht das
638 Land Berlin als Arbeitgeber vor großen Herausforderungen bei der Personalgewinnung sowie
639 Personalbindung. Aktuell ist die Berliner Verwaltung aber nicht gut auf diese
640 Herausforderung vorbereitet: Stellenbesetzungsverfahren sind zu langwierig, eine zentrale,
641 behörden- und ebenenübergreifende Personalplanung findet nicht statt und häufig sind die
642 Bezirke bei der Personalrekrutierung strukturell im Nachteil. Wir Bündnisgrüne wollen das
643 ändern.

644 Personalbedarf strategisch planen und Beschäftigte wertschätzen

645 Unser Ziel ist es, den durch die rot-grün-rote Regierung bis 2023 aufgebauten
646 Personalbestand im Land Berlin zu stabilisieren. Dies wollen wir mit Hilfe einer
647 strategischen Personalbedarfsplanung erreichen, die sich am konkreten Bedarf für die
648 Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen ausrichtet.

649 Unser Ziel ist es, dass Berlin als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Dies wollen
650 wir durch eine neue Kultur der Wertschätzung, Beteiligung und durch einen Ausbau der
651 Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten erreichen. Hierzu ist es uns wichtig,
652 kritisches Denken zu fördern und Ideen der Beschäftigten bei Entscheidungen mit
653 einzubeziehen. Wir werden die behördlichen Frauenvertreterinnen stärken, indem wir eine
654 Hauptfrauenvertretung analog dem Hauptpersonalrat einrichten. Neben einer wertschätzenden
655 Anerkennung der Leistungen der Beschäftigten steht für uns eine moderne und digitale
656 Arbeitsausstattung im Mittelpunkt.

657 Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unser Ziel ist es, die Vielfältigkeit auch in der
658 Belegschaft der Berliner Verwaltung abzubilden. Wir verstehen Mehrsprachigkeit als Gewinn,
659 auch in der Verwaltung. Um hier besser voranzukommen, werden wir sprachliche Zugangshürden
660 im Einstellungsprozess senken. Die Verwaltung kann dann die Probezeit zum Ausbau von
661 Deutschkenntnissen nutzen, indem sie ihren Mitarbeiter*innen die Teilnahme an
662 berufsbezogenen Sprachkursen wie dem Job-BSK anbietet oder entsprechend eigene
663 verwaltungsbezogene Sprachkurse entwickelt. Wir Grüne erkennen die verschiedenen
664 Lebensrealitäten der Beschäftigten des Landes Berlin an und wollen sie bei der Entwicklung
665 neuer Arbeitsmodelle berücksichtigen. Unser Ziel ist es, eine stärkere Flexibilisierung

666 durch mobiles Arbeiten, Job-Sharing und Führen in Teilzeit zu ermöglichen. Bei der Umsetzung
667 neuer Arbeitsmodelle ist für uns zentral, dass dies auf freiwilliger Basis und unter
668 Einbeziehung der Personalvertretung erfolgt. Die Möglichkeit des Quereinstiegs in die
669 Berliner Verwaltung wollen wir verstärkt durch zielgerichtete Onboarding- und
670 Weiterbildungsangebote erleichtern.

671 Die Beschäftigten der Bezirke, des Landes und der Landesämter halten Berlin am Laufen.
672 Gewaltsame Übergriffe und Beleidigungen sind für uns daher absolut inakzeptabel. Daher
673 fördern wir Maßnahmen zur Gewaltprävention und Unterstützung von Gewaltbetroffenen sowie
674 eine Wechseljahres-Strategie für die Beschäftigten.

675 Das Landesverwaltungsamt wollen wir zum zentralen Personaldienstleister für die gesamte
676 Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Dadurch sollen Verfahren im gesamten Personalbereich
677 effizienter ausgestaltet werden. Strukturelle Benachteiligungen bei der Personalgewinnung
678 und bei der Personalbindung in den Bezirken wollen wir abbauen. Die diskriminierende Praxis
679 der Nichtverbeamtung aufgrund des Gewichts werden wir beenden.

680 Nachwuchs für die Verwaltung gewinnen

681 Unser Ziel, mehr junge Menschen für eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst zu
682 gewinnen, wollen wir durch eine Ausbildungsoffensive erreichen. Sowohl die duale Ausbildung,
683 duale Studiengänge als auch Trainee-Programme sehen wir als gleichwertige Säulen der
684 Nachwuchsförderung an. Diese wollen wir gezielt ausbauen und zukunftsfähig gestalten. Auch
685 die Möglichkeiten der Etablierung des Beschäftigtenwohnens wollen wir in Angriff nehmen.

686 Wichtig ist uns dabei, gezielt Entwicklungsmöglichkeiten und Karrierewege in der
687 öffentlichen Verwaltung aufzuzeigen. Dazu werden wir die Berufsorientierung auf
688 verschiedenen Ebenen stärken und die Möglichkeit von Schulpraktika ausbauen.

689 6.7. Digitale Verwaltung – modern, zugänglich und 690 sicher

691 Berlin ist eine Metropole mit vielen digitalen Start-ups und Innovationen. Die Berliner
692 Verwaltung hat bei der Digitalisierung allerdings noch Aufholbedarf. Wir Bündnisgrüne wollen
693 eine Verwaltung, deren digitale Dienstleistungen für alle funktionieren. Digitalisierung der
694 Verwaltung muss sich am Menschen orientieren, sollte resilient, nachhaltig,
695 diskriminierungsfrei und sicher sein. Um dies voranzubringen, sind Räume notwendig, in denen
696 Mitarbeitende innovative und kreative Ansätze verfolgen können. Auch möchten wir die
697 bestehenden Mitarbeitenden in den Verwaltungen besser fort- und weiterbilden; insbesondere
698 in Digitalthemen, sowohl mit Blick auf Grundkenntnisse als auch hinsichtlich
699 fortgeschrittenen technischer Kenntnisse. Es braucht eine offene Fehlerkultur, mehr
700 Möglichkeiten des kollaborativen Arbeitens und eine lernfähige Verwaltung. Wir wollen eine
701 konsequent nutzendenorientierte Verwaltung etablieren, in der klare Zuständigkeiten
702 existieren, damit das „Behörden-Pingpong“ der Vergangenheit angehört. Zukünftig werden immer
703 weniger Mitarbeitende für immer mehr Aufgaben zur Verfügung stehen. Deshalb muss auf die
704 Verwaltungsreform konsequent die Modernisierung von Prozessen und deren Digitalisierung
705 folgen, ohne die Verwaltung dabei von Tech-Unternehmen abhängig zu machen, denen Profit
706 wichtiger ist als Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

707 Digitale Services an den Menschen orientieren

708 Wir Grüne wollen, dass jeder Kontakt mit Behörden ohne stressige Terminvergabe,
709 Warteschlangen oder Formularchaos funktioniert. Dass City-WLAN, Transparenz- und Datenportal
710 sowie eine Berlin-App mit allen Dienstleistungen der Berliner Verwaltung und Informationen
711 aus der Nachbarschaft ein selbstverständlicher Teil des Berliner Alltags sind. Berlin
712 braucht eine digitale Verwaltung, die unabhängig, sicher und resilient ist. Wir wollen, dass
713 Daten und Lizenzen in öffentlicher Hand liegen und alle Systeme die Prinzipien „Privacy by
714 Design“ und „Security by Design“ verfolgen. Um eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung zu
715 ermöglichen, richten wir einen Digitalrat als unabhängiges, paritätisch besetztes
716 Expert*innengremium ein mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung,
717 Wirtschaft und der Tech-Community, der den Senat berät.

718 Wir schaffen Services, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Unser Ziel ist
719 ein digitales Bürger*innenamt mit Videoberatung, Einfacher Sprache, digitalen Assistenzen,
720 barrierefreier mobiler Nutzung und Echtzeit-Statusanzeigen für Anträge. Das Service-Portal
721 wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug, Geburt oder Pflegebedarf
722 –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu orientieren. Ein wichtiges
723 Prinzip für die Umsetzung ist die Nachnutzung von Lösungen aus anderen Bundesländern, dem
724 Bund oder von der EU bevor Berlin selbst Software entwickeln oder anpassen lässt. Zudem soll
725 jede neue und bestehende Leistung systematisch auf ihr Automatisierungspotenzial geprüft
726 werden. Gemeinsam mit dem CityLAB Berlin entwickeln wir erprobte Projekte zu stadtweiten
727 Lösungen weiter. Parallel dazu schaffen wir niedrigschwellige Unterstützungsangebote vor
728 Ort: in Stadtteilzentren, Pflegestützpunkten, mobilen Bürger*innenämtern und durch direkte
729 Unterstützung bei der Antragstellung.

730 Verwaltungsdigitalisierung erfolgreich umsetzen

731 Wir wollen das Digitalgesetz für Berlin vollenden. Damit schaffen wir die Grundlage für die
732 weitere Digitalisierung der Berliner Verwaltung. Dabei setzen wir auf verbindliche Standards
733 für die digitale Barrierefreiheit, den Vorrang von Open Source, digitale Souveränität und
734 die proaktive Bereitstellung öffentlicher Daten (Open Data). Es muss gelten: Public Money,
735 Public Code. Aufträge zur Softwareentwicklung werden wir deshalb nur noch für Open Source-
736 Projekte vergeben. Wir verankern ein Recht auf digitale Kommunikation mit der Verwaltung und
737 überführen das Onlinezugangsgesetz (OZG) in Berliner Landesrecht. Neu eingeführt wird ein
738 „digitales Konnexitätsprinzip“, um sicherzustellen, dass auch bei der Zuweisung digitaler
739 Aufgaben derjenige zahlt, die bestellt. Gemäß dem Prinzip „Once Only“ entwickeln wir
740 digitale Verwaltungsleistungen weiter, wo es möglich und sinnvoll ist. Dazu braucht es auch
741 eine intensivere Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern, um bestehende IT-
742 Lösungen ausschöpfen oder gemeinsam neue IT-Lösungen entwickeln zu können.

743 Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung bietet einiges Potenzial. Er kann
744 Prozesse effizienter und schneller machen und alltägliche Arbeitsabläufe vereinfachen.
745 Gleichzeitig birgt Künstliche Intelligenz erhebliche Risiken, insbesondere was strukturelle
746 Diskriminierung angeht. Deshalb werden wir den Einsatz von künstlicher Intelligenz auf eine
747 rechtliche Grundlage stellen, die gegen Risiken Vorsorge trägt, Funktionsgrenzen der KI
748 berücksichtigt und datenschutzrechtliche Grundsätze wahrt. Am Ende ist für uns klar, dass
749 Entscheidungen für Menschen immer von Menschen getroffen werden müssen.

750
751 Digitale Souveränität für die digitale Freiheit der Berliner*innen Digitale Souveränität bei
752 Anwendungen künstlicher Intelligenz zu schaffen ist nicht nur eine technologische, sondern
753 vor allem eine gesellschafts- und demokratiepolitische Herausforderung. Deutschlands und

754 Europas Abhängigkeit von US- und chinesischen Technologiekonzernen gefährdet unsere
755 Handlungsfähigkeit. Nur durch den konsequenten Aufbau europäischer Cloud-, KI- und
756 Digitalinfrastrukturen, klare Souveränitätskriterien in der Beschaffung sowie staatliche
757 Förderung offener, sicherer und interoperabler Lösungen kann diese Abhängigkeit überwunden
758 und unsere Demokratie geschützt werden. Dabei bevorzugen wir KI-Systeme aus Deutschland oder
759 Europa, am besten Open-Source, um Abhängigkeiten von großen Tech-Konzernen zu verringern und
760 Transparenz zu schaffen.

761 Zur Stärkung einer souveränen IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand werden wir das IT-
762 Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) zu einem landeseigenen Plattformanbieter
763 ausbauen. Die Steuerung des IT- Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ) soll hinsichtlich
764 klarer Verantwortlichkeiten, eigener Expertise im Bereich Projektmanagement und der
765 technischen Projektumsetzung gestärkt werden. Open-Source-Lösungen mit offenen
766 Schnittstellen und transparentem Quellcode haben Vorrang vor proprietären Angeboten.
767 „Privacy by Design“ und „Security by Design“ gelten bei jeder Softwareentwicklung:
768 Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, lokale Datenhaltung und barrierefreie
769 Nutzbarkeit sind verbindlich. Zugriffe auf personenbezogene Daten werden dokumentiert und
770 sind für Betroffene einsehbar, um vor Missbrauch zu schützen. Geprüft werden digitale
771 Durchführbarkeit, Barrierefreiheit, Verständlichkeit und Nutzendenzentrierung. Dabei setzen
772 wir auf Co-Creation verschiedener Fachressorts, IT-Expert*innen, Zivilgesellschaft und
773 Nutzende.

774 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 6)

775 Katastrophenschutz modernisieren – ressortübergreifende
776 Resilienzstrategie entwickeln

777 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin im Krisenfall vorbereitet ist. Dafür braucht es
778 umfassende Risikoanalysen und Katastrophenschutzpläne in allen Bereichen mit klaren
779 Verantwortlichkeiten und einer Vernetzung zwischen den Akteur*innen. Wir werden dazu eine
780 ressortübergreifende Resilienzstrategie entwickeln, die zentral koordiniert wird. Neben der
781 klassischen Krisenbewältigung werden dabei auch Strategien implementiert, die Vorsorge für
782 aufkommende Krisen betreiben und Anpassungen an veränderte Lagen vornehmen, insbesondere
783 auch Maßnahmen der Klimaanpassung. Darüber hinaus werden wir das Katastrophenschutzgesetz
784 überarbeiten, sowie ein gesetzliches Notfallregister einführen, um im Ernstfall Hilfe und
785 Unterstützung besser koordinieren zu können. Wir werden die Menschen in unserer Stadt
786 außerdem dabei unterstützen, im Krisenfall Selbsthilfe leisten zu können. Für die
787 Vermittlung von Krisenkompetenzen wollen wir einen Berlin-Leitfaden für alle Haushalte
788 entwickeln, ein Katastrophenschutz-Lernzentrum schaffen und Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
789 verankern. Die Katastrophenschutzleuchttürme werden wir angemessen ausstatten und
790 konzeptionell als Notanlaufpunkte für die Bevölkerung ausgestalten. Wer heute in Resilienz
791 investiert, schützt morgen Menschenleben und unsere Infrastruktur.

792 Opfer von Straftaten unterstützen – ein Landesopferschutzgesetz für
793 Berlin

794 Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein Landesopferschutzgesetz (Gesetz zur Unterstützung
795 Betroffener von Straftaten – UBSG) ein, das Betroffenen von Straftaten einen Rechtsanspruch
796 auf Unterstützung gibt. Es schreibt einen proaktiven Ansatz fest, verankert Prävention und
797 Täter*innenarbeit gesetzlich und sichert die dauerhafte Finanzierung der Berliner

798 Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen ab. Zugleich schafft es eine Rechtsgrundlage
799 für die schnelle, aber auch sichere Weitergabe von personenbezogenen Daten, damit Betroffene
800 ein passgenaues Unterstützungsangebot erhalten.

801 Ein digitales Bürger*innenamt für Berlin

802 Unser Ziel ist die Einrichtung eines digitalen Bürger*innenamts für Berlin. Es wird
803 Verwaltungsdienstleistungen mittels Videoberatung und digitaler Assistenz anbieten. Eine
804 barrierefreie mobile Nutzung und die Verwendung Einfacher Sprache sollen dabei
805 sichergestellt sein. So ermöglichen wir einen zügigen und unkomplizierten Zugang für alle
806 Menschen. Außerdem wird es Statusanzeigen für Anträge in Echtzeit geben, damit die
807 Bürger*innen jederzeit über den Bearbeitungsstand informiert sind und besser planen können.
808 Das ServicePortal Berlin wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug,
809 Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu
810 orientieren.